



Referendum in Ecuador: Rafael Correa lässt über sein politisches Projekt abstimmen

Fragen an Claudia Detsch, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito, Ecuador

In Ecuador hat Rafael Correa am 7. Mai 2011 ein Referendum abgehalten. Die Ecuadorianer und Ecuatorianerinnen konnten sich zu zehn Themen äußern, vom Verbot des Stierkampfes und des Glücksspiels bis hin zu einer Reform der Mediengesetzgebung und des Justizsystems. Das Referendum war aber auch eine Abstimmung über die Politik von Rafael Correa, der 2007 angetreten war, die „lange Nacht des Neoliberalismus“ in Ecuador zu beenden. Das nun vorliegende Ergebnis macht deutlich, dass der Präsident trotz massiver Propaganda nicht die Zustimmung erhalten hat, die er sich erhofft hatte.

Wie erklärt sich dieses knappe Ergebnis? Warum haben auch ehemalige Unterstützer des politischen Projekts von Rafael Correa ihm bei dieser Abstimmung die Gefolgschaft entzogen?

Das Ergebnis von Referendum und Volksbefragung bedeutet trotz des knappen Sieges der Regierung für diese eine politische Niederlage. Im Vorfeld war eine wesentlich deutlichere Annahme der Reformvorschläge als gesichert angenommen worden. Tatsächlich aber konnte die Regierung in keiner Frage mehr als 49% Zustimmung verbuchen. Die Nein-Stimmen liegen durchgehend bei über 40%. Und gerade in den zentralen Fragen des Referendums – zur Erneuerung des Justizsystems und zur Einsetzung eines Medienrates – liegen beide Lager fast gleichauf. In zahlreichen Provinzen, insbesondere im Amazonas-Gebiet und in den Anden, überwiegen gar die Nein-Stimmen. Nur in den verhältnismäßig dichtbesiedelten Küsten-Provinzen erfüllte sich die Hoffnung der Regierung auf eine signifikante Zustimmung. Dieses Ergebnis stellt sowohl für die Anhänger als auch für die Gegner der Regierung eine unerwartete Überraschung dar. Das politische Klima Ecuadors dürfte davon nachhaltig beeinflusst werden. Für den Präsidenten wird das Regieren zukünftig deutlich schwieriger. Die Opposition dagegen konnte sich im Verlauf der Kampagne profilieren. In einem ungleichen Wettbewerb überzeugte insbesondere die linke Opposition durch Kreativität und Sachverstand. Trotz erheblich geringerer finanzieller Mittel und ohne Rückgriff auf den Staatsapparat konnten sie in den Wochen vor dem Referendum Boden gutmachen. So ist das Abstimmungsergebnis in erster Linie ein Triumph für die politische Kultur im Land. Der Präsident selbst wollte das Referendum zu einer Abstimmung über seine Person machen. „Vertraut mir“, hatte er den Ecuadorianerinnen und Ecuadorianern als zentrales Wahlkampfmotto zugerufen. Indirekt war dies die Aufforderung, sich mit den von Verfassungsrechtlern als bedenklich eingeschätzten Fragen inhaltlich erst gar nicht weiter auseinanderzusetzen. Dieser populistische und personalistische Ansatz ist gescheitert. Weit in die ecuadorianische Gesellschaft hinein hat sich die Angst vor einer undemokratischen und für die Entwicklung des Landes schädlichen Machtanhäufung

jenseits einer funktionierenden Gewaltenteilung ausgebreitet. Die Opposition konnte diese Sorge mit ihrer Kampagne zur Wahrung demokratischer Grundwerte aufnehmen. Dies gilt insbesondere für die ehemaligen MitstreiterInnen des Präsidenten - die prominentesten Köpfe der Kampagne für das „No“. Sie fordern eine Rückkehr zu dem partizipativen und linken Projekt, für das man vor fünf Jahren gemeinsam angetreten war. Die autoritäre und personalistische Regierungsführung Rafael Correas hat aus ihrer Sicht mit der in der Verfassung von 2008 gipfelnden „Bürgerrevolution“ nichts mehr gemein, sie stellt im Gegenteil eine fortwährende Unterhöhlung von Demokratie, Meinungsfreiheit und Partizipation dar.

Wie wird die Regierung auf dieses Ergebnis reagieren? Wird die Polarisierung im Land zunehmen, oder wird die Regierung auf ihre Gegner zugehen?

Die Regierung sollte das Ergebnis der Abstimmung als Weckruf sehen. Keinesfalls kann dieses knappe Resultat als moralische Legitimierung für die Aushebelung demokratischer Grundprinzipien gelten. Das Ergebnis ist aber auch eine dunkelgelbe Karte für den Präsidenten und seine aggressive und polemische Streitkultur. Gegner von Rechts bis Links und aus allen gesellschaftlichen Schichten werden mit Häme und Spott überzogen. Kritische zivilgesellschaftliche Organisationen wie Indigenen-Verbände, Umweltgruppen, Gewerkschaften und Studierendenorganisationen sowie die privaten Medien werden scharf attackiert und mit strafrechtlichen Verfahren konfrontiert. Es wäre zu hoffen, dass Correa das Ergebnis zum Anlass nimmt, diese polarisierende und zersetzende Politikgestaltung zu überdenken. Würde er den Dialog mit den linken Dissidenten und der Zivilgesellschaft aufnehmen und zu den Prinzipien der Verfassung von 2008 zurückkehren, so hätte er wohl in naher Zukunft keinen politischen Gegner zu fürchten. Das Verlangen der Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer nach politischer Stabilität und einem alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist ungebrochen. Und doch kann man sich in Ecuador längst nicht mehr vorstellen, dass der Präsident den Weg des Dialogs und der Kompromisse wählen wird. Zu stark haben sich offenkundig rhetorische Aggression und das alles beherrschende Freund-Feind-Denken in sein politisches Selbstverständnis eingegraben. Für Ecuadors nahe Zukunft bedeutet das unzweifelhaft eine stärkere Polarisierung und angesichts der Grabenkämpfe innerhalb des Regierungsbündnisses auch eine wachsende politische Instabilität. Doch das Referendum hat auch gezeigt, dass das ecuadorianische Volk dieser Herausforderung mit politischer Reife begegnen will.